

An den
Präsidenten des Burgenländischen Landtages
Robert Hergovich
Landhaus
7000 Eisenstadt

22 - 1714

Eisenstadt, am 25. Jänner 2024

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Markus Ulram, Hans Unger, Kolleginnen und Kollegen

auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend sofortige Senkung der Energiepreise auf das Vorkrisenniveau.

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend sofortige Senkung der Energiepreise auf das Vorkrisenniveau.

Seit Monaten belasten hohe Energiepreise die Menschen im Burgenland. Diese enormen Mehrkosten führen dazu, dass sich die Menschen das tägliche Leben nur mehr schwer oder gar nicht leisten können. Die SPÖ-Alleinregierung sollte hier endlich vom Reden ins Tun kommen. Die von der ÖVP geführte Bundesregierung hat diese angespannte Situation bereits vor langer Zeit erkannt und zahlreiche Maßnahmen gesetzt, wie zum Beispiel die Abschaffung der kalten Progression, die Einführung einer Stromkostenbremse, die Senkung der Erdgas- und Elektrizitätsabgabe, die Erhöhung der Pendlerpauschale und vieles mehr.

Der von Landeshauptmann Doskozil groß angekündigte Wärmepreisdeckel stellt sich leider als nicht treffsicher und somit als eine reine Mogelpackung heraus. Dieser geht leider nicht, wie angekündigt, tief in den Mittelstand hinein, sondern schwer daneben. Nur wenige Burgenländerinnen und Burgenländer erfüllen die Kriterien.

Die SPÖ-Alleinregierung schreibt mit ihrem Landesenergieversorger millionenschwere Gewinne und senkt die Energiepreise nicht. Die aktuell hohen Strom- und Gaspreise sowie die Ungleichbehandlung von digitalen und nicht digitalen Kundinnen und Kunden beim Tarifwechsel des Landesenergieversorgers Burgenland Energie kosten den Burgenländerinnen und Burgenländern monatlich hart erarbeitetes Geld.

Fakt ist: Wind und Sonne sind nicht teurer geworden. Daher muss der Strom, der in unserer Region produziert wird, auch in unseren Steckdosen landen und darf nicht an der Börse weiterverkauft werden. LH Doskozil und die SPÖ-Alleinregierung müssen mit ihrem Landesenergieversorger endlich Handlungen setzen und den Energiepreiswucher beenden.

Zur „Nicht-Entlastung“ der Burgenländerinnen und Burgenländer führt die SPÖ-Alleinregierung auch noch neue Steuern ein, wie zum Beispiel die Baulandsteuer. Bei der Baulandmobilisierungsabgabe als Baulandsteuer handelt es sich um einen drastischen und noch nie dagewesenen Eingriff im Burgenland. Hierbei kommt es

abermals zu einer Besteuerung von Eigentum, welche abzulehnen und daher sofort wieder aufzuheben ist. Diese Steuer dient einzig und allein dem Zweck, die von Landeshauptmann Doskozil und seiner SPÖ-Alleinregierung produzierten Budget-Löcher zu stopfen und erzielt dadurch keinen Lenkungseffekt.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Landesregierung, insbesondere Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, wird aufgefordert, ein umfassendes Maßnahmenpaket betreffend einer sofortigen Senkung der Energiepreise auf das Vorkrisenniveau und dringenden Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer vorzulegen und folgende Aspekte besonders zu berücksichtigen:

1. Umgehende Senkung der Energiepreise für burgenländische Energiekunden;
2. Alle burgenländischen Unternehmen sollen, die zu viel bezahlten Entgelte rückerstattet bekommen und einen geringeren Verbrauchspreis erhalten;
3. Alle burgenländischen Energiekunden sollen umgehend über die Preissenkung informiert werden und automatisch in den Genuss der Energiepreissenkung kommen;
4. Der Digitalisierungsrabatt soll diskriminierungsfrei an alle Energiekunden weitergegeben werden und
5. Ausschütten der Gewinne und Auflösen von Rücklagen der Burgenland Energie AG an die burgenländischen Energiekundinnen und Energiekunden.
6. Überarbeitung des Wärmepreisdeckels, damit dieser sozial treffsicher wird und damit vom Mittelstand auch tatsächlich beansprucht werden kann und
7. Die Abschaffung der Baulandmobilisierungsabgabe gemäß § 24a Bgld. Raumplanungsgesetz zur Entlastung der Burgenländerinnen und Burgenländer.